

Gemeinde Aumühle

Berichtsvorlage 12/048/2018 Status voraussichtlich: öffentlich Sichtbarkeit im Internet: öffentlich	29.03.2018 AZ: Federführend: Amt IV.0 - Bauamt	
Sanierung der OFW Kanäle Hier: Umsetzung der Forderung aus der hydraulischen Berechnung ca. 1.200.000€, Kanalrevision 200.000€		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
10.04.2018	Umweltausschuss der Gemeinde Aumühle	Kenntnisnahme
19.04.2018	Gemeindevertretung Aumühle	Entscheidung

Sachverhalt:

Zum Thema "Hydraulische Gutachten" ist in den nächsten Jahren die Oberflächenwasserkanalisation gemäß dem hydraulischen Gutachten aus dem Jahr 2008 zu sanieren. Das bedeutet, dass die Gemeinde die Rohrquerschnitte in Teilbereichen vergrößern muss.

Zurzeit wird dieses bereits bei der Planung der Ernst-Anton-Straße berücksichtigt.

Nachfolgend sollte die Gemeinde folgende Kanalabschnitte gemäß „Masterplan Oberflächenwasserkanalisation 2028 unter Berücksichtigung des Masterplan Straßenbau“ sanieren:

	Vorhanden	neu	Länge	€/m	Gesamt in €
Ernst-Anton-Str.	DN 200	DN 400	64 m	550	32.000
Sachsenwaldstraße	DN 300	DN 400	200 m	550	110.000
Lindenstraße	DN 800	DN 900	427 m	1100	470.000
Bismarckallee	DN 400	DN 500	360 m	650	234.000
Im Winkel	DN 300	DN 600	46 m	750	35.000
Im Winkel	DN 300	DN 500	186 m	650	120.000
Im Winkel (Fußweg)	DN 300	DN 400	245 m	550	135.000
Rehkoppel	DN 300	DN 400	103 m	550	57.000
					<u>Ca. 1.200.000</u>

Weitere hydraulische Betrachtungen in Bezug auf das Einzugsgebiet Kuhkoppel werden seitens der Amtsverwaltung nicht empfohlen. Da das Bodengutachten zum Eichhörnchenweg einen exzellenten Versickerungswert aufweist und aktuell die Gemeinde keine finanziellen Mittel für solche Maßnahmen bereitgestellt hat.

Gemäß dem "Masterplan Oberflächenwasserkanalisation 2028" sollte im Jahr 2018 die Fortschreibung des Leitungskatasters sowie die Reinigung und Inspektion der Hauptkanalisation, Straßeneinläufe und Hausanschlussleitung für ca. 200.000 Euro durchgeführt werden. Die Haushaltsmittel von 200.000 Euro für diese Maßnahme wurden gestrichen.

Der Gesetzgeber hat die Gemeinden verpflichtet, für das Schmutz- und Niederschlagswasser ein Leitungskataster zu erstellen. Grundlage ist das Landeswassergesetz und die hierzu erlassene „Selbstüberwachungsverordnung 2012“ (SüVO). Die SüVO bestimmt jedoch nicht, den Intervall für die Fortführung des Leitungskataster sowie für die Reinigung und Inspektion der Hauptkanalisation, Straßeneinläufe und Hausanschlussleitung.

Es wird jedoch in der SüVO empfohlen, die vorgenannten Arbeiten alle 10 bis 15 Jahre durchzuführen.

Aus Sicht der Amtsverwaltung könnte man die Kanaluntersuchung auf zwei Bereiche aufteilen. Es wäre möglich, die Untersuchung auf die Einzugsgebiete der RRB Billewiesen und Schlucht aufzuteilen. Die Kosten werden pro RRB-Einzugsgebiet auf ca. 100.000 Euro geschätzt.

Anlage/n:

Datum:	Unterschrift:
--------	---------------